



Deutsche Mitverantwortung

Die AIIB will Milliardensummen in große Infrastrukturprojekte investieren. Solche Vorhaben können Lebensqualität verbessern. Sie haben oft aber auch eine dunkle Seite. Dazu gehören Zerstörung der Umwelt und Zwangsumsiedlungen, wie bei großen Bergbau- und Staudammprojekten. Die Risiken dabei werden oft auf schutzlose Bevölkerungen abgewälzt. Wenn es an Transparenz fehlt, dienen solche Investitionen auch als Magnet für Korruption und unsaubere Geschäfte.

Die von der AIIB verabschiedeten Umwelt- und Sozialstandards ermöglichen den Entscheidungs-

trägern in den oftmals undemokratischen Ländern, wo die Projekte gebaut werden sollen, weitgehenden Ermessungsspielraum. Der öffentliche Zugang zu Informationen zu den Projekten und ein effektiver Beschwerdemechanismus, an den sich Betroffene richten können, sind fundamental, um dem möglichen Missbrauch öffentlicher Gelder und sozialen und ökologischen Problemen entgegen zu wirken.

Die AIIB Mitgliedsstaaten müssen in beiden Bereichen noch wegweisende Entscheidungen fällen. Die vorläufige Informationspolitik der AIIB will Projektinformation erst nach der Bewilligung von Projekten öffentlich machen. Das schließt eine Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Vorbereitung von Projekten aus, obwohl sie gerade hier bei der Einschätzung von Umwelt- und Sozialrisiken eine bedeutende Rolle spielen muss.

Analog zu anderen multilateralen Banken ist auch ein Beschwerdemechanismus vorgesehen. Allerdings soll er Teil einer Abteilung werden, die auch für Evaluierung, Monitoring und weitere Bereiche zuständig sein soll. Die internen Interessenkonflikte sind vorhersehbar. Wenn die Abteilung ein Projekt als gut evaluiert, wird sie kaum in der Lage sein, eine Beschwerde zum gleichen Projekt unabhängig zu begutachten.

Die Funktionsweise des Beschwerdemechanismus muss noch erarbeitet werden. Allerdings sind erste Andeutungen der Abteilung, dass das Bestehen auf das Einhalten von Standards (*compliance*), ein westliches Konzept sei, das in Asien anders gehandhabt würde, wenig ermutigend. Angesichts der fehlenden demokratischen Rechte bei vielen der AIIB Kreditnehmer, muss ein effektiver Beschwerde-

mechanismus dafür sorgen können, diejenigen, die Beschwerden einreichen, vor Repressalien zu schützen.

Die Umwelt- und Sozialstandards der AIIB klammern bisher zentrale Bereiche aus, die in **separaten Strategiepapieren** behandelt werden sollen. Zunächst soll eine Strategie zum Energiesektor entwickelt werden. Es ist begrüßenswert, dass es Dank der Intervention Deutschlands und anderer nicht-regionaler Mitgliedsstaaten, einen öffentlichen Konsultationsprozess zu dieser Strategie geben soll. Es wird vor allem darum gehen, ob die AIIB fossile Energien, wie Kohle, sowie Atomkraft fördern wird.

China reduziert zwar Investitionen in Kohleprojekte im eigenen Land, ist aber massiv an der Ausbreitung solcher Großprojekte von Indonesien bis Pakistan beteiligt. Damit wird der erhöhte Ausstoß von

Treibhausgasen dieser Länder über Jahrzehnte hinweg festgeschrieben. Die AIIB stellt sich als *lean, clean and green* dar. Ob sie sich tatsächlich, was die Finanzierung von fossilen Energien angeht, von China, ihrem maßgebenden Anteilseigner, abgrenzen wird, steht offen.

Die nicht-regionalen AIIB Mitgliedsstaaten tragen eine besondere Verantwortung für die Geschäfte der AIIB. Ihre Mitgliedschaft verleiht Peking zum ersten Mal Glaubwürdigkeit an der Spitze einer multilateralen Bank. Trotz vorhersehbarer Widerstände ist es ihre Aufgabe dafür zu sorgen, dass AIIB Investitionen transparent, umweltfreundlich und sozialverträglich sind und nicht vornehmlich dem Export chinesischer Überkapazitäten und den geostrategischen Interessen Pekings dienen.

Korinna Horta, Urgewald

